

# Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662

CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 22. November 1968

Blatt 3382

## Gemeinderat

=====

22. November (RK) Vorsitz: Bürgermeister Bruno Marek.  
Anfragen: ÖVP 3, FPÖ 2. Anträge: ÖVP 2, und zwar betreffend  
Einsichtnahme in Meinungsbefragungen und statistische Erhebungen;  
Errichtung einer Mehrzwecksporthalle unter Berücksichtigung  
einer fix eingebauten Radrennbahn.

## Grundkauf im 14. Bezirk

GR. Müller (SPÖ) referiert über den Kauf von 68/100 Anteilen  
einer Liegenschaft in Weidlingau im Ausmaß von 32.853 Quadrat-  
meter um 5,8 Millionen Schilling. Insgesamt ist das Grundstück,  
das für die Errichtung der "Stadt des Kindes" vorgesehen ist,  
mehr als 48.000 Quadratmeter groß. Mit dem Besitzer der  
restlichen Grundanteile wird bereits verhandelt. Man hofft  
bald zu einem positiven Abschluß zu kommen.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) bezeichnet den vorliegenden  
Antrag als einen ersten Schritt zur Verwirklichung einer großen  
sozialen Tat, die uns allen eine freudige Verpflichtung sein  
müßte. Unsere Stadt kann auf dem Gebiet der Kinder- und Jugend-  
fürsorge eine stolze Bilanz ziehen. Mit der geplanten Ein-  
richtung will man nun auch für jene Kinder, die nicht die  
Möglichkeit haben in einer glücklichen Familie aufwachsen zu  
können, ein gutes Zuhause schaffen, das ihnen die gleichen  
Startmöglichkeiten für ihr späteres Leben gibt. Die Kinder  
sollen auch die Atmosphäre der Familie mit einem geordneten  
Familienleben finden. Zur Verwirklichung dieses großen sozialen

./.

Werkes wird die Mithilfe vieler Fachleute notwendig sein und vor allen Dingen wird es notwendig sein, jene Frauen zu finden, die bereit sind, fremden Kindern die Liebe und Geborgenheit der Familie zu bieten. Der Antrag wird ohne Schlußwort einstimmig angenommen.

#### Neuer Schlachthof

Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP) stellte den Antrag, der Errichtung eines Schlacht- und Viehhofes einschließlich eines Fleischgroßmarktes auf dem Zentralviehmarkt St. Marx grundsätzlich zuzustimmen. Nach einem kurzen Rückblick auf die vielen vorangegangenen Schwierigkeiten um ein Projekt, dessen Kosten als tragbar bezeichnet werden können, beschäftigte sich Stadtrat Prutscher mit den Gründen, die eine Lösung des Problems St. Marx unbedingt notwendig machen: Die jetzige Anlage ist mehr als 100 Jahre alt, die technischen Voraussetzungen veraltet, Adaptierungen wurden nur im notwendigsten Maß durchgeführt. Hygienisch einwandfreie zeitgemäße Bedingungen zu schaffen, ist schon deshalb notwendig, weil man sonst in Hinkunft auf Exportschlachtung verzichten müßte. Die Erteilung der sogenannten EWG-Nummer wird von den einwandfreien Bedingungen abhängig gemacht. Auch die wirtschaftlichen Erwägungen sind zwingend genug, eine neue Anlage zu bauen. Die Verwaltung der weit auseinanderliegenden Gebäude erfordert einen überhöhten Verwaltungsaufwand ebenso wie überhöhte Kosten seitens des Benützers, die durch die Konstruktion des methusalemischen Schlachthofes bedingt sind. Eine wesentliche Voraussetzung war, die Minimalplanung und Maximalplanung zu vereinbaren. Das heißt, derzeit eine Anlage zu schaffen, die den jetzigen Konsumbedürfnissen entspricht, gleichzeitig aber dafür Vorsorge zu treffen, daß eine steigende Bevölkerungszahl reibungslos versorgt werden kann.

Der über Betreiben des Stadtrates im April 1968 betraute zusätzliche Fachmann, Ing. Wernberg, konnte bereits im Juni ein Funktionsprogramm vorlegen, das Grundlage für die im Herbst dieses Jahres erstellte Wirtschaftlichkeitsberechnung ist.. Auf Grund dieser Berechnungen konnten die ursprünglich geforderten 450 Millionen S Baukosten soweit gesenkt werden, daß die voll betriebsfähige Anlage im Rahmen des **Minimalprogrammes** inklusive aller bisher aufgewendeten Planungs- und Vorbereitungsausgaben 398 Millionen Schilling kosten wird. Der Bau der Anlage wird zweieinhalb bis drei Jahre benötigen. Wird die zweite Bauphase, bedingt durch den Ausbau der geplanten durch die Anlage führenden Autobahn notwendig, muß mit zusätzlichen Kosten gerechnet werden. Die neue Ordnung in St. Marx bringt neben den hygienischen, wirtschaftlichen und technischen Problemen auch menschliche mit sich, darunter sehr positive, weil die neue Ordnung bessere Arbeitsbedingungen schafft.

Eine Rationalisierung muß Ersparnisse bringen. Ersparnisse an Arbeitszeit ergeben eine verminderte Beschäftigtenzahl, die zum Teil durch den natürlichen Abgang aufgefangen wird.

GR. Peter (FPÖ): Es ist sehr spät geworden, bis uns endlich der grundsätzliche Antrag vorgelegt wird. Heute wurden uns zwar die Kosten genannt, aber diese stehen erst dann fest, wenn die letzten Rechnungen bezahlt worden sind. Auch die Bauzeit kann heute nicht sicher angegeben werden. Wir sind für einen Stufenplan, weil man sich dann jeweils auf den Bedarf einstellen kann. Die Kritik an dem Vorhaben bleibt bestehen, trotzdem stimmen wir dem vorliegenden Antrag zu.

GR. Walzer (ÖVP): Der Wiener Gemeinderat beschäftigt sich schon seit langem mit dem Problem des Neubaues in St. Marx. Wir sind froh, daß es heute möglich ist, diesen Grundsatzbeschluß vorzulegen. Hätten wir vor einem Jahr auf den Ruf nach Dynamik gehört, hätte uns entweder der Finanzstadtrat das Projekt abgelehnt oder wir hätten uns sagen lassen müssen, daß wir, ohne richtig zu überlegen, schon beim Voranschlag das Doppelte der Summe aufwenden, die tatsächlich für die Durchführung dieses Projektes notwendig ist. Jetzt aber dürfen keine Verzögerungen mehr eintreten.

Bauzeitüberschreitungen gebe es überall, meinte GR. Walzer. Die Verzögerung um ein Jahr sei kein Versäumnis: "Es kann uns doch nicht gleich sein, was der neue Schlachthof kostet!" Bei diesem Projekt wurden nun die Kosten um vieles gesenkt. Trotz der geringeren Größe wird die Funktion nicht beeinträchtigt sein. Nun dürfe es freilich keine Versäumnisse mehr geben. Die Baudirektion müsse mit der Detailplanung so rasch wie möglich vorankommen. Sicherlich werde es noch kleine Änderungen geben; das Gute ist eben der Feind des Besseren. Es müsste möglich sein, noch im Frühjahr 1969 mit den Arbeiten zu beginnen. Ein weiterer Vorteil der genauen Planung: man kann nun bereits sagen was die Pächter für die Benützung zahlen müssen. Nun gelte es nur, bis zur Fertigstellung alle Kunden zu behalten.

Den Vorwurf des GR. Peter (FPÖ), Stadtrat DDR. Prutscher sei mit jenem Feldherrn zu vergleichen, der als "Zauderer" in die Geschichte eingegangen sei, wies GR. Walzer zurück. Bei Diskussionen habe er immer einen festen Standpunkt des Stadtrates gefunden.

GR. Seeböck (SPÖ) begann ebenfalls mit der Vorgeschichte der Planung. "Diese Rückblende ist nötig, um zu zeigen, wie sehr alles was in der vergangenen Zeit geschrieben wurde, in ein falsches Licht gestellt wurde.

Als damals die Interconstruct mit der Ausarbeitung eines Planes beauftragt wurde, war man von optimalen Voraussetzungen ausgegangen. Die Schlachtziffern waren im Jahre 1960 viel höher als heute. Der Fleischverbrauch der Wiener Bevölkerung ist zwar von 56 Kilo im Jahre 1960 auf 63 Kilo im Jahre 1967 gestiegen, trotzdem gab es einen enormen Rückgang der Schlachtungen in St. Marx. War dieser Rückgang überhaupt notwendig", fragte GR. Seeböck und deutete an, daß er die Verzögerung bei der Verwirklichung des Projektes für diesen Rückgang verantwortlich mache.

Jahrelang sei in der Presse über dieses Projekt nur Falsches berichtet worden. Erst kürzlich habe eine Tageszeitung durchblicken lassen, Finanzstadtrat Slavik müsse Stadtrat Dr. Prutscher dankbar sein, weil beträchtliche finanzielle Mittel gespart wurden. GR. Seeböck appellierte an Stadtrat DDR. Prutscher, er möge mehr Initiative als bisher zeigen, damit

die rückläufige Tendenz der Schlachtungen in Wien aufgehalten wird.

"Wenn wir noch länger warten, würden wir sicherlich noch einige hundert Millionen Schilling sparen, doch dann könnte es sein, daß überhaupt kein Lebewild mehr nach Wien kommt!" Man müsse auch an die hochqualifizierten Beschäftigten des Schlachthofes denken, die wegen des Rückganges seit Jahren um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Wenn nun die Initiative ergriffen wird, dann werde man sicherlich auch nichts mehr von jenen Gerüchten hören, daß von Privaten oder Genossenschaften vor den Toren Wiens Schlachthöfe gebaut werden. Die in St. Marx Beschäftigten können nach diesem Grundsatzbeschuß aufatmen. Die Anlieferungen werden in Zukunft sicherlich wieder größer sein.

In seinem Schlußwort gab Stadtrat Dr. Prutscher seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß sich alle Redner grundsätzlich für das Projekt ausgesprochen hatten. Das Problem der Erhaltung der Arbeitsplätze liege ihm besonders am Herzen, und er glaube, daß hier die Lösung in der größtmöglichen Verkürzung der Bauzeit liege. Tatsächlich werde das heute beschlossene Projekt in einer um mehrere Jahre kürzeren Zeit verwirklicht werden können als die anfangs in Aussicht genommenen Varianten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

#### Neues E-Werk

Als nächsten Punkt behandelte der Gemeinderat die Errichtung eines Dampfkraftwerkes der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke im Stadtgebiet von Wien. Stadträtin Dkfm. Dr. Maria Schaumayer legte als Berichterstatterin die Entwicklung des Energieverbrauches in der Bundeshauptstadt dar und wies darauf hin, daß der Verbrauch an elektrischer Energie in den letzten zehn Jahren um etwa 6,4 Prozent jährlich gestiegen sei. Der Zuwachs für die ersten zehn Monate des heurigen Jahres betrage sogar 7,8 Prozent.

Dieser dauernd steigende Bedarf an elektrischer Energie mache es nötig, rechtzeitig mit dem Bau neuer Anlagen zu beginnen, um den bisher bestehenden Prozentsatz der Eigenversorgung - rund zwei Drittel des Gesamtbedarfs - auch weiterhin halten zu können. Der Block VI des Dampfkraftwerkes Simmering, der zu

Anfang 1970 seine Arbeit aufnehmen wird, könne die Eigenversorgung etwa bis zum Jahre 1972 decken. Danach sei aus mehreren Gründen eine Erweiterung der Anlage in Simmering nicht mehr möglich.

Angesichts der Bauzeiten solcher Anlagen müsse deshalb schon jetzt ein Beschluß gefaßt werden, sagte die Stadträtin. Sie betonte im übrigen hinsichtlich der Strombezüge von der Verbundgesellschaft die absolute Vertragstreue der Wiener Stadtwerke, welche auch von Verkehrsminister Dr. Ludwig Weiss in einem Gespräch vor kurzem ausdrücklich anerkannt worden sei.

Hinsichtlich eines Atomkraftwerkes stellte Dr. Schaumayer fest, daß mit der Realisierung eines solchen Werkes - nach dem nun vorliegenden Bericht der Planungsgesellschaft - nicht vor 1975 gerechnet werden könne. Da Wien jedoch bereit 1973 einen Energiezuwachs von mindestens 150 MW braucht, komme nur die dritte Variante in Frage: die Errichtung eines zweiten E-Werkes im Wiener Stadtgebiet.

Dieses E-Werk wird sowohl mit Erdgas aus den russischen Lieferungen, wie auch mit Erdöl betrieben werden. Zum Mehrverbrauch an elektrischer Energie wird auch die künftige U-Bahn beitragen. Der weitere Ausbau des E-Werkes Simmering nach Vollendung des Blockes VI ist deswegen nicht möglich, weil bei Niederwasser der Donau nicht genug Kühlwasser zur Verfügung steht.

Die Errichtung eines zweiten Kraftwerkes auf Wiener Boden ist auch aus Gründen günstigerer Stromverteilung erforderlich. Auch andere große europäische Städte besitzen mehr als nur ein Kraftwerk: Hamburg beispielsweise sieben, Rotterdam vier, Frankfurt zwei.

Als Standort des zweiten kalorischen Kraftwerkes ist das den Stadtwerken gehörige Gelände in der Engerthstraße vorgesehen, auf dem bekanntlich schon früher ein E-Werk bestanden hat. Nach Gutachten der Wiener Technischen Hochschule und der Zentralanstalt Hohe Warte müßte der Schornstein 150 Meter hoch sein. Damit wäre die Gewähr gegeben, daß die Luftverunreinigung durch das Heizöl mit seinem Schwefelgehalt von zwei Prozent unter der Toleranzgrenze bleibt.

Die Kostenschätzung für das Kraftwerk mit einer Leistung von 150 MW beläuft sich auf 688 Millionen Schilling. Die Errichtung eines zweiten Kraftwerkblocks mit weiteren 150 MW Leistung würde dann nur mehr 586 Millionen Schilling kosten.

Als erster Debattenredner stellte GR. Kowarsch (ÖVP) fest, daß jede Bemühung, die Stromversorgung Wiens zu verbessern, begrüßt werden müsse. Außerdem sei Wien durch Verträge mit der Verbundgesellschaft verpflichtet, 65 Prozent des Strombedarfs aus eigener Erzeugung zu decken.

Der Stromzuwachs wird in den nächsten Jahren anhalten, führt der Redner aus, weil wir im Stromverbrauch weit unter dem europäischen Durchschnitt liegen. Schon aus diesem Grund müssen wir unsere eigene Stromerzeugung wesentlich ausbauen. Der von uns erzeugte Strom kommt auch wesentlich billiger. Offen blieb noch die Standortfrage. In Simmering ist die Errichtung aus räumlichen Gründen nicht mehr möglich. Es ist auch zweckmäßig, wenn sich die Stromversorgung nicht auf einen Punkt konzentriert. Für den Standort Engerthstraße spricht, daß es sich hier um Gemeindegrenzung handelt und es auch keine Anschlußschwierigkeiten gibt. Dagegen spricht, daß dort ein sehr stark verbautes Wohngebiet ist und die Bevölkerung durch starke Lärmentwicklung und die Verunreinigung der Luft beeinträchtigt werden kann. Der Stand der Technik erlaubt es aber, die Lärmentwicklung einzuschränken und auch die Luftverunreinigung herabzusetzen. Da die Sicherung unseres Strombedarfes für uns alle Vorrang hat und von den Technikern die ausdrückliche Zusicherung gegeben wurde, alles zu unternehmen, um die Belästigung auf ein Mindestmaß herabzudrücken, werde seine Fraktion dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben.

GR. Nekula (SPÖ): Ab 1973 wird sich trotz Fremdbezug aus dem Verbundnetz ein Engpaß von 150 MW ergeben. Wir müssen daher heute einen gleichen Beschluß wie in den Fünfziger-Jahren fassen.

Die Wiener E-Werke stellen das finanzielle Rückgrat der Stadtwerke dar. Wir müssen alles unternehmen, um diesen gesunden, leistungsfähigen und finanzstarken Betrieb zu erhalten und auszubauen. Die Erfüllung des Vorschlages, die Grundlast aus dem Verbundstrom zu nehmen und die Spitzenlast aus eigenen Anlagen zu decken, wäre unwirtschaftlich.

Wenn wir unseren Strom aus Freileitungen beziehen, könnte der Fall eintreten, daß durch den Bruch einer Leitung die Stadt stundenlang ohne Strom ist, wie es vor einigen Jahren in New York der Fall war. Deshalb müssen wir alles unternehmen, damit die Stadt Wien möglichst unabhängig wird. Auch das geplante Atomkraftwerk ist kein Ausweg, da es erst Ende der Siebzigerjahre den Betrieb aufnehmen wird. Über die Standortfrage werden die notwendigen Gutachten eingeholt werden müssen, dann wird es eine Frage der Wirtschaftlichkeit sein, wo das Kraftwerk errichtet werden soll. Heute ist es wichtig, den Grundsatzbeschuß über die Errichtung eines neuen Kraftwerkes zu fassen und damit die Energieversorgung ab 1973 zu sichern.

Stadträtin Dr. Schaumayer dankte im Schlußwort den Diskussionsrednern für die positive Einstellung. Der heutige Beschluß ist vielleicht nichts politisch Greifbares, erklärt die Rednerin, aber ein solcher Beschluß entscheidet letzten Endes darüber, ob die Stromversorgung in unserer Stadt in Ordnung ist oder nicht. Die Kommunalpolitik einer Stadt wird daran gemessen, ob rechtzeitig Vorsorgen getroffen werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

#### Rechnungshofbericht Müllverbrennung

Der Gemeinderat behandelt sodann den Bericht des Rechnungshofes über die Prüfung der Gebarung bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, die Äußerung des Wiener Stadtsenates und die Gegenäußerung des Rechnungshofes.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) führt aus, es zeige sich bereits seit dem Jahre 1950, daß die Menge des zu beseitigenden Mülls bedingt durch den zunehmenden Lebensstandard und durch den Übergang auf Zentralheizungen beziehungsweise auf Gas- oder Elektroheizung von Jahr zu Jahr steigt.



Da zugleich die für die Müllablagerng vorhandenen Plätze immer weniger wurden und überdies räumlich weiter entfernt lagen, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann die Beseitigung des Mülls zu ernsthaften Schwierigkeiten führen würde. Der Anfall von Müll betrug im Jahr 1950 500.000 Kubikmeter, 1955 600.000, 1966 bereits 1,630.000 Kubikmeter und erhöhte sich 1967 auf 1,770.000 Kubikmeter. Da etwa fünf Kubikmeter Müll einer Tonne entsprechen, waren 1967 rund 350.000 Tonnen Müll zu beseitigen. Die Magistratsabteilung 48 mußte sich daher mit der Errichtung einer Müllverbrennungsanlage beschäftigen. Durch die Unterschiede im Heizwert des Mülls, und die nicht gerade guten Erfahrungen des Auslandes mit Müllverbrennungsanlagen waren damals die Untersuchungen besonders schwierig. Die von der Firma Von Roll in Bern nach vollkommen neuartigen Gesichtspunkten errichtete Müllverbrennungsanlage wurde nach erfolgreichen Verbrennungsversuchen als die beste befunden. Außerdem war eine Konkurrenzierung von vornherein nicht möglich, da einzig und allein diese Firma in der Lage war, eine Müllverbrennungsanlage nach den von ihr entwickelten neuartigen Gesichtspunkten zu errichten.

Bereits vor Einschau des Rechnungshofes haben sowohl die Beamten der Stadtbauamtsdirektion und auch des Kontrollamtes verschiedentlich kleinere Mängel aufgegriffen und im Zuge der Schlußverhandlungen mit der Herstellerfirma einen Preisnachlaß von 2,3 Millionen Schilling erreicht.

Zur Kritik des Rechnungshofes an der Teilungsklausel: Durch diese Lösung erzielte die Stadt Wien eine Einsparung von 5,9 Millionen Schilling. Diese Teilungsklausel war der Ausweg, um eine eventuelle Verzögerung von vielen Monaten zu vermeiden.

Das Ingenieurhonorar wurde endgültig mit 22 Prozent festgelegt und kann unter Berücksichtigung des Subunternehmerzuschlages in Höhe von 18 Prozent sowie der Spezialerfahrung der Firma im Bau von Müllverbrennungsanlagen keineswegs als zu hoch bezeichnet werden. Es erfolgte weder eine Doppelhonorierung, noch sonst ein Schaden für die Stadt Wien. Duplikate, aus denen verschiedene gewünschte Details zu ersehen sind, werden dem Rechnungshof übermittelt.

Als zu luxuriös wurde vom Rechnungshof die Ausstattung der Müllverbrennungsanlage bezeichnet. Man kann sicher diskutieren, ob eine Personenrufanlage notwendig ist oder eine Verfließung der WC-Anlagen oder eine Dachdeckung mit Prewanol. Tatsache ist, daß auf die spätere Instandhaltung Rücksicht genommen wurde und auf die Erhaltung des Stadtbildes. Viele ausländische Fachleute loben neben der guten technischen Ausführung auch besonders die äußere Gestaltung der Anlage. Die Errechnung der Kosten für einen Raummeter - diese Berechnung wurde vom Rechnungshof angestellt - sei nicht ohne weiteres möglich, da man die Kosten für eine Müllverbrennungsanlage nicht mit jenen für ein Industrieobjekt vergleichen kann.

Bei der Abrechnung der Gesamtkosten zeigte sich, daß der genehmigte Sachkredit von 250 Millionen um zehn Millionen überschritten werden mußte, also um vier Prozent. Dabei muß man Lohnerhöhungen berücksichtigen und die Tatsache, daß bei jedem Projekt technische Probleme während des Baues auftauchen können. Nicht übersehen darf man, daß unsere Anlage, im Gegensatz zu vielen Anlagen anderer Städte, vor allem in Deutschland, auch vom wirtschaftlichen Stadtpunkt gesehen, überaus günstig abschließt.

Abschließend sagte Vizebürgermeister Slavik, der Gemeinderat könne überzeugt sein, daß unsere Techniker Hervorragendes geleistet hätten. Zur Illustration führte er an, daß die Lebensdauer eines Rostes allgemein mit 3,5 Jahren angenommen wird. In der Anlage Flötzersteig betrage die Dauer jedoch fünf Jahre. Daraus könne man ersehen, wie man in Nachhinein Millionen einsparen könne, wenn man vorher nicht knausere.

Vizebürgermeister Slavik beantragte hierauf, dem Rechnungshof für seinen Bericht den Dank auszusprechen.

Als Debattenredner gab GR. Dr. Schmidt (FPÖ) seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß zum Bericht des Rechnungshofes kein Sprecher der beiden großen Parteien Stellung nimmt. Man solle, unter dem Eindruck einer funktionierenden Müllverbrennung, den Rechnungshof-Bericht nicht als "alten Hut" abtun oder auf die leichte Schulter nehmen.

Der Beschluß des Gemeinderates vom 17. Juli 1959, eine Müllverbrennungsanlage zu bauen, sei zweifellos richtig gewesen. Man habe sich jedoch in Zeitdruck befunden, weil man zu spät an die Lösung des Problems herangetreten sei.

Aus diesem Grunde sei auch der Vertrag mit der Schweizer Firma nicht ausreichend geprüft worden. So konnte es geschehen, daß seitens der Stadtverwaltung viel zu hohe Kosten akzeptiert wurden. Daher mußte man sich nachher zu Einsparungen entschließen, die eigentlich einen Nachlaß für die überhöhten Baukosten darstellten. Unverständlich sei, warum man sich entschloß, diese Einsparungen mit der Baufirma zu teilen, und zwar nach dem Schlüssel: 45 Prozent für die Stadt Wien, 55 Prozent für die Schweizer Firma.

Zur Überprüfung des Angebots durch zwei Zivilingenieure stellte Dr. Schmidt fest, daß diese Ingenieure, seltsamerweise von der Schweizer Firma nominiert worden seien. Mit anderen Worten: die Baufirma habe vorgeschrieben, wer ihr Angebot zu überprüfen habe!

Der Rechnungshof habe festgestellt, daß mit Honoraren sehr freigebig umgegangen wurde. Allein 33,5 Prozent der reinen Baukosten entfielen auf Honorare. Nach Ansicht des Rechnungshofes hätten bei den Honoraren 18 Millionen Schilling eingespart werden können.

Nicht weniger großzügig sei man auch bei der Ausstattung der Müllverbrennungsanlage vorgegangen. Sockel, Wände und Pfeiler wurden mit Untersberger Marmor verkleidet, der Müllentleerungsraum wurde mit speziell angefertigten venezianischen Glasmosaiken "geschmückt", so daß man sagen könne: "Nobel geht der Mist zugrund!"

Der vierte große Vorwurf des Rechnungshofes: die konkurrenzlose Auftragserteilung. Bei diesem Punkt sei allerdings eine Beurteilung schwer möglich. Die freihändige Vergabe habe schon etwas für sich, da die Schweizer Firma von Roll große Erfahrung hatte, österreichische Firmen jedoch auf diesem Gebiet Neuland hätten betreten müssen. Eines steht jedenfalls fest, meinte Dr. Schmidt: Die Schweizer Firma hat die Notsituation erkannt und diese bis zur Grenze der Seriosität ausgenützt. Er nannte Beispiele: Eine Firma verrechnete für diverse Arbeiten 21.000 Schilling. Von Roll stellte dafür 24.000 Schilling in Rechnung. Die cleveren Schweizer hatten allen Grund, die Lohn- und Materialforderungen voll anzurechnen. Sie verdienten ja durch die Teilungsklausel bei der Einsparung 55 Prozent. Lernen wir aus den schlechten Erfahrungen und machen wir es in Zukunft besser, appellierte Dr. Schmidt am Schluß seiner Rede.

Vizebürgermeister Slavik wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß der Antrag von allen Parteien genehmigt wurde. Er kam noch einmal auf das Problem zu sprechen, vor dem die Stadtverwaltung bei Beginn des Baues gestanden war. "Mag sein, daß der Gemeinderat etwas spät den Entschluß gefaßt hat, die Anlage am Flötzersteig zu bauen, immerhin wurde diese Anlage ein Vorbild für viele Großstädte und immernin war Wien eine der ersten Städte, die eine moderne Müllverbrennungsanlage ihr eigen nennen konnte."

Zum Vorwurf, das Schweizer Unternehmen habe die Stadt Wien übervorteilt, meinte Slavik, daß die Schweizer sicherlich clever sind. Man müsse aber bedenken, daß diese Firma eine Monopolstellung auf diesem Gebiet besaß und durch die zahlreichen Patente Inhaber geistigen Eigentums war. Nun ist es ohne jeden Zweifel sehr schwierig, geistiges Eigentum zu beurteilen. Der Vorwurf, die Schweizer hätten zuviel Geld bekommen, sei daher nicht stichhaltig.

Man habe damals angenommen, daß die Vergabe des gesamten Projektes an eine einzige Firma am günstigsten sei. "Immer wieder stehen wir vor dem Problem, ob wir einer Firma einen Generalauftrag geben sollen. Die Müllverbrennungsanlage war ein derartig kompliziertes Projekt, daß eine Vergabe an mehrere oder viele Firmen und eine Trennung des baulichen Teiles vom technischen Teil ein viel zu großes Risiko gewesen wäre. Mit der Ausführung des gesamten Projektes hat damals die Firma von Roll auch ihr eigenes Risiko einbauen müssen. Es ist klar, daß dies finanziellen Niederschlag gefunden hat", meinte Slavik.

Die Teilungsklausel sei für die Gemeinde Wien auf jeden Fall günstig gewesen, weil es sonst keine Möglichkeiten gegeben hätte, die Firma zum Sparen anzuspornen.

"Wenn man davon sprechen mag, daß die Stadt Wien eine weitere Verzögerung hinnehmen hätte sollen, muß man nachträglich folgendes bedenken: Bei Baubeginn stiegen die Baukosten jährlich um sieben Prozent. Eine Verspätung von einem halben Jahr hätte viele Millionen Mehrkosten verursacht. Die Problematik bei den Grundstücken ist ähnlich", sagte Slavik. "Auch da müssen wir oft Entscheidungen treffen, von denen man nachher eventuell sagen könnte, wir hätten für die eine oder andere Liegenschaft zu viel bezahlt. Man muß aber in diesem Zusammenhang abwägen, was der Allgemeinheit durch Verzögerung verloren geht und um wieviel teurer ein Projekt zu stehen kommt, wenn es nicht sofort gebaut wird. Zusammenfassend könne gesagt werden; die Techniker der Stadt Wien haben in Zusammenarbeit mit der Schweizer Firma ein großartiges Werk vollbracht.

Und nun zu der Rechnung von 600.000 Schilling, die ebenfalls vom Rechnungshof beanstandet wurde. Die Bestätigungen beweisen eindeutig, daß die beiden Firmen im Auftrag der MA 48 Umplanungsarbeiten und Überprüfungen vorgenommen haben. Von Unregelmäßigkeiten der Verwaltung kann keine Rede sein.

Zur Kritik an der künstlerischen Ausstattung: "Über die bessere Qualität können wir uns nur freuen. Sie war im Pauschalpreis enthalten und wäre schlechteres Material verwendet worden, hätten wir wahrscheinlich auch nichts dagegen tun können. Auch das Mosaik um 28.000 Schilling, dessen Anbringung vom Rechnungshof kritisiert worden war, wurde nicht separat bezahlt."

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

#### Wiener Wohnbauaktion 1969

Der Gemeinderat behandelte somit dann die Wiener Wohnbauaktion 1969.

Berichterstatter Vizebürgermeister Slavik (SPÖ): 1958 wurde die neue Wiener Wohnbauaktion beschlossen. Wir haben damals vorgesehen, daß 10.000 Wohnungen in Rahmen dieser Aktion errichtet werden. Fünf Jahre später waren diese Wohnungen vollständig aus-

verkauft, und der Wiener Gemeinderat hatte sich mit dem Antrag zu beschäftigen, eine zweite Rate zu bewilligen. Es ging wieder um 10.000 Wohnungen, aber auf Grund der Erfahrungen mußten die Bedingungen geändert werden. Nun ist auch die zweite Rate ausverkauft. Wir haben Ansuchen für mehr als 2.000 Wohnungen in der Finanzverwaltung, die wir nicht mehr genehmigen konnten. Wir wenden uns daher wieder an den Gemeinderat mit dem Antrag, eine neue Wohnbauaktion zu genehmigen, die wieder 10.000 Wohnungen umfassen soll. Die vorgeschlagenen Änderungen sind weniger umfangreich als beim Übergang von der ersten zur zweiten Aktion.

Unsere Geldinstitute sind der Meinung, daß wegen der Unruhe auf dem Geldmarkt derzeit keine langfristigen Kredite unter sieben Prozent vergeben werden können. Wir wollen es daher den Kreditnehmern freistellen, Zinsen bis zu sieben Prozent zu übernehmen, wobei sie einen Zinsendienst von 6,5 Prozent bekommen.

Die Kreditinstitute konnten bisher die Kreditmittel nicht unmittelbar auszahlen, weil die Grundbucheintragungen oft lange Zeit in Anspruch nahmen. Die Stadt Wien übernimmt nun die Bürgschaft für diese Zeitspanne, damit möglichst bald die bewilligten Gelder ausgezahlt werden können und mit dem Bauen begonnen werden kann.

In der Wohnbauaktion 1964 haben wir Kredite von 153.000 Schilling gegeben. Wir wollen nicht, daß noch Wohnungen mit Ofenheizungen gebaut werden. Für diese Wohnungen soll der Kredit bei 153.000 Schilling bleiben. Für alle Wohnungen mit Zentral- oder Etagenheizung soll er jedoch auf 165.000 Schilling erhöht werden.

Die früher vorgesehene Sperre mit 90 Quadratmeter ist nun weggefallen. Man kann nun ohne Rücksicht auf den Familienstand Wohnungen bis zu 110 Quadratmeter errichten. Was darüber hinausgeht, muß dem Beirat vorgelegt werden.

Die Volksdeutschen wurden den Österreichern gleichgestellt. Es ist im Interesse unserer Wohnungssuchenden gelegen, diesen zusätzlichen Wohnraum zu schaffen: außerdem können wir dadurch auch die Bauwirtschaft stärker beschäftigen.

GR. Hahn (ÖVP): Die Wohnbauaktion 1958 brachte große Schwierigkeiten, und es gab Mißbräuche am laufenden Band. Die Darlehen wurden daher überprüft, und es sollen 20 Prozent davon gekündigt worden sein. Dabei gab es auch Härten. Es wäre daher zweckmäßig, auch hier den Beirat für zuständig zu erklären. Der Redner begrüßt es, daß die Wiener Wohnbauaktion 1969 in verbesserter Form beschlossen wurde, nicht zuletzt durch die sachlichen Verhandlungen und die immer wieder vorgebrachten Änderungswünsche seiner Fraktion. Der Redner weist an Beispielen nach, wie notwendig es war, für zentralbeheizte Wohnungen die Förderungsmittel zu erhöhen, da es für viele Familien große finanzielle Opfer erfordert, um sich eine entsprechende Wohnung leisten zu können. Als entsprechend bezeichnet man heute eine Wohnung von rund 70 Quadratmeter.

Eine besondere Berücksichtigung in der Förderung müßte auch für sogenannte Lückenverbauungen ermöglicht werden, denn hier handle es sich meist um kleine Bauten, deren Kosten für den einzelnen Mieter zu hoch liegen. Es besteht daher die Gefahr, daß Baulücken aus finanziellen Erwägungen jahrelang unverbaut bleiben. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für eine Baukostenstaffelung ein. Notwendig wäre auch die Vereinheitlichung der verschiedenen Fonds. Beim Wiener Wohnbaufonds existiert leider noch die Einkommensgrenze, so daß die Magistratsabteilung 52 bereits Schwierigkeiten bei der Wohnungszuweisung hat, denn einerseits ist die Einkommensgrenze überschritten, andererseits können sich Familien, die unter dieser Einkommensgrenze liegen, eine Wohnung in der gewünschten Größe nicht leisten.

Es müßten nicht nur Vormerkungen für echte Notstandsfälle geschaffen werden, sondern auch Vormerkungen für junge Ehepaare. Wenn man schon kein Punktesystem anwenden will, so müßte man auf andere Weise zu einer halbwegs gerechten Verteilung der Wohnungen kommen, die ja alle aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Die Baurechtsbestellungen sollten sich nicht über Jahre hinziehen.

GR. Windisch (SPÖ): Die Aktion wird zweifellos zu einer wesentlichen Linderung der noch immer bestehenden Wohnungsnot beitragen. Besonders zu begrüßen ist, daß die Fondsmittel für die zentralbeheizten Wohnungen erhöht wurden, da es für viele Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften zu einer Selbstverständlichkeit wurde, Zentralheizungen zu errichten.

Zur Lückenverbauung: Die ÖVP soll endlich ihren Widerstand gegen ein Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz aufgeben, dann wäre hier eine Erleichterung möglich.

Eine Baukostenstaffelung würde die Baukosten nur hinauf-treiben. Zur Kredithöhe: Es gäbe viele Menschen, die alleinstehend sind, und sich mit einer kleineren Wohnung begnügen. Da aber ein gesamtes Bauvorhaben gefördert wird, kommt dann den Mietern der größeren Wohnungen in diesen Häusern der Kredit zugute, den jene der kleineren Wohnungen nicht beanspruchen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des vorliegenden Antrages bestehe darin, daß dem Baugewerbe und dem Baunebengewerbe dadurch eine kräftige Injektion gegeben werde.. Die Bauwirtschaft habe eine solche Injektion auch sehr nötig, da sie in einer tristen Lage sei: Ihre Kapazität in Wien sei bei weitem nicht ausgelastet.

Besondere Kritik übte der Redner an dem Umstand, daß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien der Löwenanteil der Geldaufbringung, nämlich 75 Prozent, überlassen bleibe. Es sei die Meinung der Sozialisten, daß sich an der Beseitigung der Wohnungsnot alle Kreditinstitute der Bundeshauptstadt mit gleicher Intensität beteiligen sollten.

Ich bin mir dessen bewußt, daß die gebauten Wohnungen größer sein sollten. Der Vorwurf, in anderen europäischen Ländern werden größere Wohnungen gebaut, hat einen Pferdefuß. Wenn man immer den Europastandard heranzieht, muß man dabei bedenken, daß wir in Österreich von Europalöhnen noch weit entfernt sind. Die Wohnungsgröße muß sich nach dem Einkommen richten.



Es hat keinen Sinn, Wohnungen zu bauen, die sich der Großteil der Bevölkerung nicht leisten kann. Zur Untermauerung zeigte Slavik einen Prospekt. In der Umgebung von Wien wird eine Terrassensiedlung gebaut, sagte Slavik. Eine Wohnung - 130 Quadratmeter groß, kostet eine Million Schilling. Der Interessent muß von Anfang an 360.000 Schilling auf den Tisch legen. Wer soll sich das leisten können?"

Vizebürgermeister Slavik meinte, daß man in Österreich auf die Wohnbauleistung nicht sehr stolz sein kann. Er nannte Zahlen: In acht Bundesländern werden für 1000 Einwohner pro Jahr 6,8 Wohnungen gebaut. "Damit liegen wir in der Statistik der europäischen Wohnbautätigkeit weit hinten." In Wien werden immerhin neun Wohnungen auf tausend Einwohner pro Jahr gebaut. Auch das ist noch immer nicht überragend viel, meinte Slavik. Wir müssen uns noch viel Mühe geben, die Leistung zu steigern und die neue Wohnbauaktion soll dafür ein Ansporn sein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

#### Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

22. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 bis 4 S, Karotten 4 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse Kochobst 3 bis 5 S, Qualitätsklasse II 5 bis 8 S, Orangen 7 S je Kilogramm.

- - -

## Gedenktage im November

=====

## 22. November (RK)

5. Johannes Heesters, Schauspieler	65.Geb.Tag
6. Johann Baptist Henneberg, Komponist	200.Geb.Tag
6. Dr. Anton Simonic, Prof.f.prakt.Pädagogik (+ 7.10.1956)	75.Geb.Tag
7. Louise Neumann (verehel.Gräfin Schönfeld) Burgschauspielerin	150.Geb.Tag
8. Karl Aussch, Generalrat der Österr.National- bank, Volkswirtschaftler	75.Geb.Tag
8. Dr. Fritz Kaspar, Chirurg	25.Tod.Tag
10. Hubert Maurer, Historienmaler	150.Tod.Tag
11. Pius Richter, Organist und Hofkapellmeister	150.Geb.Tag
11. Apostolo Zeno, Dichter	300.Geb.Tag
12. Josef Gerstner, Kupferstecher	200.Geb.Tag
14. Dr. Richard Batka, Kunst- und Musikschrift- steller	100.Geb.Tag
15. Ferdinand Bruckner, Dramatiker (Theodor Tagger)	10.Tod.Tag
15. Emilie Giesrau, Schauspielerin	25.Tod.Tag
15. Prof. Wilhelm Rohm, Musikhistoriker	65.Geb.Tag
16. Hochsch.Prof.Dr.Walter Frodl, Kunsthistoriker Präsident des Bundesdenkmalamtes	60.Geb.Tag
16. Rudolf Moralt, Dirigent	110.Tod.Tag
17. Karl Hans Jüllig, Lyriker und Dramatiker	80.Geb.Tag
19. Dr.Rudolf Geyer, Direktor des Archivs d.Stadt Wien	10.Tod.Tag
20. Rudolf Junk, Graphiker	25.Tod.Tag
21. Univ.Prof.Dr.Karl Przibram, Physiker	90.Geb.Tag
22. Erwin Ratz, Musikschriftsteller	70.Geb.Tag
23. Hedwig Bleibtreu, Hofschauspielerin (+ 25.1.1958)	100.Geb.Tag
26. Karl Haslinger, Komponist	100.Tod.Tag
27. Anton August Naaff, Liederdichter	50.Tod.Tag
27. Karl Schlechter, Schachmeister	50.Tod.Tag
28. Univ.Prof.Dr. Erich Frauwallner, Philologe	70.Geb.Tag
29. Ludwig Ferdinand Graf, Maler	100.Geb.Tag
30. Dr.Siegfried Oskar Romich, Univ.Prof.f. Orthopädie	25.Tod.Tag

65. Geburtstag von Max Schönherr  
=====

22. November (RK) Am 23. November vollendet der Dirigent und Komponist Professor Max Schönherr das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Marburg an der Drau geboren und wandte sich schon früh dem Musikerberuf zu. Später übernahm er die Stellung eines Korrepetitors und Spielleiters des Grazer Stadttheaters. Anschließend ging er als Kapellmeister an das Stadttheater in Meran. Dann übersiedelte er nach Wien, wo er 1931 als Dirigent des Rundfunkorchesters die für sein ferneres Wirken entscheidende Stellung fand. Schönherr baute vor allem die Sparte der gehobenen Unterhaltungsmusik aus und erlangte dadurch eine Popularität, die weit über Österreich hinaus reichte und ihm zahlreiche Gastspielverpflichtungen bei verschiedenen ausländischen Rundfunkstationen eintrug. Max Schönherr hat sich aber auch als ausgezeichnete Dirigent ernster Musik bewährt und in sein Programm zahlreiche symphonische Werke aufgenommen, darunter auch solche zeitgenössischer österreichischer Komponisten, denen er damit zu Erstaufführungen verhalf. Weiters hat er sich, wie seine zahlreichen Neuausgaben zeigen, als Kenner der Werke von Johann Strauß Vater und Sohn erwiesen. Dafür zeugt auch sein gemeinsam mit Karl Reinöhl verfaßtes Buch "Das Jahrhundert des Walzers". Seine eigenen Kompositionen gehören der ernsten Sparte wie dem leichteren Genre an. Einen besonderen Erfolg erzielte das von ihm zusammengestellte Ballett "Hotel Sacher" in der Staatsoper.

- - -

Senatsrat Taborsky zu Grabe getragen  
=====

22. November (RK) Unter starker Anteilnahme der Kollegenschaft aus der Stadtverwaltung wurde heute nachmittag auf dem Hietzinger Friedhof der am vergangenen Sonntag verstorbene Leiter der Magistratsabteilung 46, Senatsrat Dipl.-Ing. Anton Taborsky, zu Grabe getragen. Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel und Stadtbaudirektor Prof. Dr. Rudolf Koller sowie leitende Beamte der Stadtbaudirektion begleiteten Senatsrat Taborsky auf seinem letzten Weg.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel hielt die Trauerrede, in der er Taborsky als einen ausgezeichneten und fachlich hervorragenden Beamten bezeichnete. Senatsrat Taborsky habe seit seinem Eintritt im Jahre 1937 in bester österreichischer Beamten-tradition stets seine Pflicht erfüllt.

- - -

Einbahnen  
=====

22. November (RK) Kommenden Montag wird mit der Beschilderung verschiedener Einbahnstücke im 12. Bezirk begonnen. Es handelt sich im einzelnen um die

- Rotenmühlgasse von der Schönbrunner Straße zur Ratschkygasse;
- die Gatterholzgasse von der Ratschkygasse zur Tivoligasse;
- die Ratschkygasse von der Meidlinger Hauptstr. bis Tannbrückgasse;
- die Singrienergasse von der Tivoligasse zur Spittelbreiteng.;
- die Erlgasse von der Koppreitergasse zur Pohl-gasse;
- die Tannbrückgasse von der Pohl-gasse zur Koppreitergasse;
- die Spittelbreitengasse von der Eichholz-gasse zur Erlgasse;
- die Pohl-gasse von der Schwenkgasse zur Meidlinger Hauptstraße;
- die Bonnygasse von der Singrienergasse zur Schwenkgasse;
- die Rosasgasse von der Bischoffgasse zur Aichholz-gasse;
- die Haschkagasse von der Ruckergasse zur Ehrenfelsgasse;
- die Nymphengasse von der Ruckergasse zur Ehrenfelsgasse.

- - -

Gesperrt bis 20 Uhr!

Rathaus-Empfang für die EFTA-Minister  
=====

22. November (RK) Der Festsaal des Rathauses war heute abend Schauplatz eines Empfanges, den Bürgermeister Bruno Marek für die Teilnehmer an der Wiener Tagung des Minister-rates der EFTA gab. Die Ehrentafel vereinigte Regierungsmitglieder von acht europäischen Ländern, nämlich Dänemark, Finnland, Großbritannien, Liechtenstein, Norwegen, Portugal, Schweden und der Schweiz. Zu dem Empfang waren auch die Wiener Botschafter der betreffenden Staaten sowie das Generalsekretariat der EFTA geladen. Unter den österreichischen Teilnehmern sah man die Minister Otto Mitterer, Dr. Kurt Waldheim und Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer sowie mehrere Mitglieder des Wiener Stadtsenats.

Bürgermeister Marek begrüßte die mit ihren Damen erschienenen Gäste und nahm in seiner Ansprache zur europäischen Integration Stellung.

Im einzelnen sagte Wiens Stadtoberhaupt:

"Wir alle, die wir Anhänger der Einheit Europas, der Sammlung des größeren Europas. Verfechter einer umfassenden europäischen Lösung sind, befürworten es sehr, daß jede Gelegenheit wahrgenommen wird, um auf diesem Weg einen Schritt weiter zu kommen. Denn jeder Schritt, der uns der Verwirklichung dieser faszinierenden Idee eines geeinten Europas näherbringt, ist ein Schritt näher in eine glückliche, friedliche Zukunft.

Wir Wiener, die wir auf Grund unserer historischen Tradition immer schon großräumig gefühlt haben, verfolgen die europäischen Integrationsbemühungen im allgemeinen ebenso aufmerksam, wie auch die Entwicklung der europäischen Freihandelsvereinigung im besonderen.

Wien dominiert die österreichische Wirtschaft in einem weit stärkerem Maß, als dies bei Hauptstädten anderer Länder der Fall ist. Zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung in Österreich entfiel auf Wien 32 Prozent des gesamten Volks-

einkommens. Daraus können Sie ermessen, daß wir Wiener die gedeihliche Entwicklung der EFTA mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen haben.

Schon seit vielen Jahren haben wir uns bemüht, in unserer Stadt eine Atmosphäre zu schaffen, die geeignet ist, idealer Ort der Begegnung von Menschen aus aller Herren Länder zu sein, ein ruhiger Ort in dieser unruhigen Welt, zu dem man gerne kommt, um unbeschwert schwerwiegende Probleme zu diskutieren.

Es freut uns, daß dieses Bemühen schon seit Jahren dadurch sichtbare Anerkennung findet, daß alljährlich hunderte Kongresse und Tagungen in unserer Stadt veranstaltet werden. Es freut uns aber auch, daß sich in Wien immer mehr Internationale Organisationen niederlassen. Zuletzt wurde dieses unser Bestreben auch vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, U-Thant, ausdrücklich anerkannt, als er anlässlich der Eröffnung der 23. Generalversammlung der Vereinten Nationen sagte: 'Wien erlangt in zunehmendem Maße einen internationalen Status als Amtssitz bedeutender Internationaler Organisationen und als Ort wichtiger Tagungen und Konferenzen der Vereinten Nationen!.'

Ich weiß, meine Herren Minister, Sie und Ihre Mitarbeiter haben gestern und heute anstrengendste Beratungen geführt. Erlauben Sie mir, Ihnen abschließend persönlich das Allerbeste und Ihrer weiteren Arbeit viel Erfolg zu wünschen, dies im Interesse unserer Bürger, zum Wohle einer friedlichen Zukunft."

Bundespräsident Jonas in der Jubiläumsausstellung  
=====

22. November (RK) Heute nachmittag besichtigte Bundespräsident Franz Jonas die Wiener Jubiläumsausstellung 1968. Bürgermeister Bruno Marek erwartete den hohen Gast in der Schmidthalle, wo er ihm die Gestalter der Ausstellung vorstellte.

Nach einem Rundgang durch die Ausstellung wohnte Österreichs Staatsoberhaupt einer Vorführung im Diaskop bei. Bundespräsident Jonas äußerte sich anerkennend über die ansprechende, moderne Präsentation der Ausstellung, die den Besuchern das Geschehen eines halben Jahrhunderts Wiener Geschichte auf überaus eindringliche Art nahebringt.

- - -